



Die Universitäre Medizin nach 1945: Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit der Vergangenheit. Gießen: Professor Dr. Volker Roelcke, Dr. Sigrid Oehler-Klein (Institut für Geschichte der Medizin, Justus Liebig-Universität Universität Gießen), Dr. Kornelia Grundmann (Emil von Behring-Bibliothek für Geschichte und Ethik der Medizin, Philipps-Universität, 05.10.2005-07.10.2005).

Reviewed by Anne Cottebrune

Published on H-Soz-u-Kult (November, 2005)

Die Universitäre Medizin nach 1945: Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit der Vergangenheit

Die Aufarbeitung der durch den politischen Umbruch von 1945 ausgelösten Wandlungsprozesse an deutschen Hochschulen hat bisher noch wenig Beachtung gefunden. Bestenfalls sind Einzelfälle vor allem im Rahmen von Studien über die Geschichte von Universitäten analysiert, wobei die Mehrzahl dieser Studien als Teil der spätesten, aber nun breiten historiographischen Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Hochschulen und NS-Staat über die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur im Blick hat. Gräfin, Bernd, Hans-Georg Hofer, Karl-Heinz Leven (Hg.), *Medizin und Nationalismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Frankfurt a. Main 2002; Eckart Krause, Ludwig Hubert, Holger Fischer (Hg.), *Hochschulalltag im Dritten Reich*, Teil III, Berlin/Hamburg 1991; Dorner, Christoph et al., *Die braune Machtergreifung. Universität Frankfurt 1930-1945*, Frankfurt am Main 1989. Nur selten gehen die Studien auf die tiefgreifenden Auswirkungen nationalsozialistischer Hochschulpolitik in der Nachkriegszeit ein. In diesem Zusammenhang werden hauptsächlich die von Außen, von den Alliierten aufgezwungenen Entnazifizierungsmaßnahmen behandelt. St. Remy, *The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University*, Cambridge/ Mass. 2002; Ernst, A.-S., "Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus". *Ärzte und medizinische Hoch-*

schullehrer in der SBZ/DDR 1945-1961, Münster 1997; van den Bussche, Hendrik, *Medizinische Wissenschaft im Dritten Reich. Kontinuität, Anpassung und Opposition in der Hamburger Medizinischen Fakultät* (= *Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte*, Bd. 5), Berlin 1991. Wie die Universitäten in diesen Wandlungsprozessen als Akteure auftraten, welche Strategien sie im Umgang mit der NS-Vergangenheit entwickelten und welche bedeutende Rolle sie letztlich bei der Umstrukturierung bzw. Aufrechterhaltung akademischer Traditionen spielten, wird kaum thematisiert. Bekanntermaßen setzten die Alliierten in den Besatzungszonen nicht nur auf eigene Reinigungskommissionen, um die Demokratisierung der Hochschulstrukturen in die Wege zu leiten, sondern versuchten auch unter Beteiligung der nach 1945 im Amt belassenen Hochschullehrer den Entnazifizierungsprozess voranzubringen.

In der Zeit vom 5. bis 7. Oktober 2005 widmete sich am Institut für Geschichte der Medizin in Gießen eine von der Thyssen-Stiftung geförderte Tagung der universitären Medizin nach 1945. Programmübersicht bei H-Soz-u-Kult unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=4391> Diese befasste sich mit institutionellen und individuellen Strategien des Hochschulkörpers im Umgang mit der NS-Vergangenheit. Volker Roelcke und Sigrid Oehler-Klein, Institut für Geschich-

te der Medizin in Gießen, und Kornelia Grundmann, Emil-von-Behring-Bibliothek für Geschichte und Ethik der Medizin in Marburg, hatten sowohl Medizin- und Wissenschafts-, als auch Zeithistoriker eingeladen, die ihre Erkenntnisse zu lokalen Beispielen miteinander vergleichen und diskutieren konnten. Ziel war es unter anderem, die jeweils erzielten Forschungsergebnisse (zur Umstrukturierung der medizinischen Hochschullandschaft und zum Verhalten der medizinischen Hochschullehrer) unter allgemeineren Gesichtspunkten zusammenzuführen. Für die Analyse der Wandlungsprozesse bot sich die universitäre Medizin, die in vieler Hinsicht den Kern der traditionell konservativen Ordinarienuniversität bildete, als ein aufschlussreicher Sonderfall an. Rund drei Viertel des medizinischen Personals an den Hochschulen war Mitglied der NSDAP. Umso spannender gestalteten sich in den medizinischen Fakultäten sowohl Reinigungs- als auch Selbstreinigungsprozesse nach dem Krieg.

In einem einleitenden Vortrag analysierte Sabine Schleiermacher vom Berliner Institut für Geschichte der Medizin, derzeit Co-Leiterin eines Forschungsprojekts zur „Hochschulmedizin an der Charité im Wechsel staatlicher Systeme 1933 und 1945“, zusammenfassend die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die Hochschulstrukturen. Ausgehend von einer Darstellung der Neujustierung des Kooperationsverhältnisses zwischen Universität und Staat im Nationalsozialismus wies sie in einer ersten Synthese auf die vielfältigen Hindernisse hin, die sich in der Nachkriegszeit einer grundsätzlichen Reform der deutschen medizinischen Fakultäten entgegenstellten. Sowohl die Wiederherstellung der medizinischen Versorgung, die wie im Fall der Marburger Universitätskliniken von der US-amerikanischen Besatzungsmacht besonders gefährdet wurde – so die Ausführungen Kornelia Grundmanns in einem Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung unter amerikanischer Besatzung –, die Stilisierung der Hochschullehrer als „gute bzw. unpolitische Wissenschaftler“, der Mangel an konstruktiven Bildungskonzepten seitens der Besatzungsmächte, aber auch das weiterhin hohe internationale Renommee deutscher Medizin nach Ende des Krieges begünstigten eine Kontinuität der seit dem Kaiserreich etablierten universitären Strukturen. Bis 1947 konnten sich vor allem die alten Strukturen der Ordinarienuniversitäten wieder konsolidieren. In diesem Zusammenhang war der Einfluss der im Amt belassenen Ordinarien entscheidend, was Udo Schagen, ebenfalls Co-Leiter des Forschungsprojekts zur „Hochschulmedizin an der Charité“, in einem Beitrag zum Selbst-

bild der Ordinarien am Beispiel der Charité veranschaulichte. Die Hochschullandschaft der späten 1940er und 1950er-Jahre wurde maßgeblich durch eine Generation von Hochschullehrern geprägt, die bereits vor 1933 bedeutende Positionen erlangt hatten und sich durch autoritäres Verhalten und nationalkonservative Einstellung auszeichneten. Im Gegensatz dazu blieb die institutionelle Einflussnahme von Dozenten auf die Gestaltung der neuen Hochschulpolitik eher gering, obwohl gerade diese Gruppe insgesamt viel umfangreichere Entnazifizierungsmaßnahmen hatte bewältigen müssen. In diesem Zusammenhang war der Rückgriff auf Universitätsverfassungen aus der Weimarer Zeit von großer Bedeutung. Der strategische Rückbezug auf diese Verfassungen, der ein deutliches Zeichen des Bruches mit der nationalsozialistischen Gleichschaltung universitärer Strukturen setzen sollte, diente – so Schleiermacher – nicht unbedingt der Demokratisierung der Hochschulstrukturen, vielmehr half er, die konsequente Rekonstruktion autoritärer Strukturen, die mit den Begriffen Autonomie und Selbstverwaltung präsentiert wurden, zu verschleiern.

„Gute Wissenschaft“ versus „Nazi-Wissenschaft“

Die Mehrzahl der Tagungsbeiträge hob die Bedeutung des Verhaltens deutscher Ordinarien für die Kontinuität autoritärer Strukturen an den Universitäten hervor. Bernd Gräfin, der kürzlich mit einer Arbeit zu den Rektoren der Universität Freiburg promovierte und sich nun insbesondere mit dem Entnazifizierungsprozess an der Universität Tübingen befasst, wies auf eine bei den Hochschullehrern verbreitete Wahrnehmung hin, nach der Universitäten im Großen und Ganzen in wissenschaftlicher Hinsicht sauber geblieben seien. So habe eine „weitgehende Trennung zwischen Politik und Wissenschaft zwischen 1933 und 1945 funktioniert“. Entsprechend dieser Rekonstruktion grenzte man sich von einigen Radikalen ab, die den Universitäten per politische Berufung aufgezwungen worden seien und die sich bei den Rehabilitationsbemühungen als Sündenbock bestens eigneten, um die eigene Mitschuld zu relativieren. Auch in der sowjetischen Besatzungszone, wo die Entnazifizierungsmaßnahmen die systematische Entfernung aller NSDAP-Mitglieder zunächst vorsahen, spielten die im Amt belassenen Ordinarien bei den Bemühungen der zentralen Hochschulbehörde um eine Reintegration von politisch belasteten Hochschullehrern ab 1947 eine bedeutende Rolle. In einem Beitrag über den Umgang mit politisch belasteten Hochschulprofessoren an der Medizinischen Fakultät der Berliner Universität nach 1945 zeigte Andreas Malycha, Mit-

arbeiter im DFG-Forschungsprojekt „Hochschulmedizin an der Charité“, wie die Fakultätsmitglieder stets auf ein Argument zurückgriffen, nach dem die von der Entlassung betroffenen Mediziner trotz ihrer Parteimitgliedschaft keine politischen Aktivisten gewesen seien. „Man habe sich schließlich den politischen Zwängen unterordnen müssen, um sich der Wissenschaft widmen zu können.“ So protestierte etwa der Chirurg Ferdinand Sauerbruch gegen eine Entnazifizierungspraxis, die auf das Kriterium der formellen Mitgliedschaft in der NSDAP aufbaute. Durch ihr Festhalten am Bild einer unpolitischen Wissenschaft waren die Hochschulmediziner bei ihren Bemühungen um eine Rehabilitierung durchaus erfolgreich. Dies zeigte Sigrid Oehler-Klein, die in Gießen das Projekt „Die medizinische Fakultät Gießen im Nationalsozialismus“ betreut, am Fall des ehemaligen Gießener Professors für Erb- und Rassenpflege und hohen Parteifunktionärs Hermann Boehm. Während in den 1950er-Jahren das hessische Landespersonalamt und der Minister für politische Befreiung davon ausgingen, dass Boehms Berufung nach Gießen nicht wissenschaftlich begründet, sondern aufgrund seiner engen Beziehungen zum Nationalsozialismus erfolgt war, und aus diesem Grund die Gewährung von Rechtsansprüchen auf Pensionierung und Versorgungsleistungen ablehnten, verteidigte die Gießener Fakultät den Gelehrten Boehm, den sie vor allem aus wissenschaftlichen Gründen berufen habe. Mit dieser Position, mit der nicht nur die Ehre Boehms, sondern auch der Konsens über das eigene Selbstverständnis wiederhergestellt werden sollte, konnte die Fakultät schließlich die Emeritierung des Betreffenden als Professor für Humangenetik bewirken. Hochschulmediziner verteidigten nicht nur ihre Unschuld am NS-Unrecht mit großer Vehemenz, indem sie auf den Topos der „unpolitischen Wissenschaft“ zurückgriffen. Mehr noch fanden sie zum Teil Gefallen darin, eine Opferrolle zu inszenieren, wie Roland Müller anhand des Beispiels des Psychiaters Ernst Kretschmer veranschaulichte. Kretschmer war nicht in die NSDAP eingetreten und bemühte sich nach dem Krieg als Leiter einer Vielzahl von Fachgesellschaften nachdrücklich darum, dass sein Fach lange Zeit nicht in Verbindung mit den Patientenmorden gebracht wurde, der – so die spätere Darstellung Kretschmers aus den 1960er-Jahren – durch „eine Gruppe entschlossener Parteifanatiker“ veranlasst worden war.

In einem Beitrag zur biologischen Wiederbewaffnung nach dem zweiten Weltkrieg widmete sich Erhard Geissler vom Max-Delbrück-Zentrum für molekulare Medizin in Berlin-Buch unter anderem der Frage des Karrie-

renverlaufs ehemaliger Biowaffen-Experten. Trotz teilweise intensiver Verstrickung in die nationalsozialistischen Verbrechen leisteten einige dieser Wissenschaftler Forschungsdienste für die westlichen Alliierten und nutzten in der Nachkriegszeit dabei durchaus aktiv die neuen politischen Rahmenbedingungen, um ihre Karriere fortzusetzen. Neue Erkenntnisse – so Geissler – zeigen beispielsweise, dass Eugen Haagen, der allerdings im eigentlichen Sinn kein Biowaffen-Experte war, nach dem Krieg dazu bereit war, für die Sowjets Untersuchungen zur Psittakose durchzuführen – vermutlich im Rahmen eines von den Sowjets durchgeführten Biowaffenprogramms. Er wurde jedoch verhaftet und an Frankreich ausgeliefert.

Kollektives Schweigen

Im Fall der Freiburger Medizinischen Fakultät zeigte Georg Hofer, neuerdings Mitherausgeber eines Sammelbandes über die Freiburger medizinische Fakultät im Dritten Reich, dass diese im Zuge des Selbstreinigungsprozesses stets öffentliche Stellungnahmen vermied, die die Frage nach der Mitwissenschaft Freiburger Professoren aufgeworfen hätten. Vor allem stellte sie sich hinter ihren angesehenen Ordinarius für Pathologie, Franz Bachner, der zwar während des Krieges die NS-Euthanasie in einem öffentlichen Vortrag kritisiert hatte, aber angegriffen wurde, weil er von der Durchführung von Menschenversuchen erfahren und darüber Stillschweigen bewahrt hatte. In dieser Hinsicht sollte die Gelehrtenwelt in der Nachkriegszeit den größten Zusammenhalt beweisen. Es galt um jeden Preis, die stillschweigende Billigung der NS-Gewalt und Verbrechen weit von sich zu weisen, um damit am Bild einer per se unschuldigen Wissenschaft festhalten zu können. Dies betraf nicht nur Hochschulvertreter, sondern auch Direktoren der Eliteforschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, wie Carola Sachse, Leiterin des nun abgeschlossenen Forschungsprogramms „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, in einem eindrucksvollen Beitrag zur „Vergangenheitsbereinigung“ von Otmar Freiherr von Verschuer zeigte. Bei der sogenannten Verdrängung der NS-Vergangenheit handelte es sich keineswegs um einen „unterbewussten psychischen Prozess“: Verdrängung war vielmehr ein „umsichtig und aufwendig hergestelltes Produkt von Personen, Institutionen und Netzwerken“.

Die schweigende Haltung war keineswegs auf Personen beschränkt, die sich als Wissenschaftler im Nationalsozialismus hervorgetan hatten und Teil des Sys-

tems geblieben waren. Auch Hochschullehrer, die sich im Nationalsozialismus durchaus kritisch zu den Auswüchsen des Regimes geäußert hatten, waren nicht bereit sich mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen, wie es der besondere Fall von Kurt Schneider zeigt, der Anfang 1946 die Leitung der Heidelberger psychiatrischen Klinik übernahm. Hierbei war das Grundmotiv die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Disziplin. Die von Maïke Rotzoll, Institut für Geschichte der Medizin Heidelberg und Gerrit Hohendorf, psychiatrische Klinik Heidelberg in ihrem Beitrag zur Geschichte der Heidelberger psychiatrischen Klinik nach 1945 herangezogenen Zeugnisse machen deutlich, dass Schneider die Offenlegung der NS-Euthanasie für nicht tragbar hielt. Vor allem fürchtete er, sie könne über die Bemühung um neues Vertrauen einen schlechten Dienst erweisen. Der Versuch eines Neuanfangs unter Ausblendung der NS-Vergangenheit ging an der Heidelberger psychiatrischen Klinik mit einer Rückorientierung zu der dort gepflegten alten psychopathologischen Tradition einher. Im Gegensatz dazu setzte sich der Nachfolger Schneiders, Walter von Baeyer, der 1955 nach Heidelberg berufen wurde, nicht nur für die Rückkehr des vom NS-Regime vertriebenen Dozenten Mayer-Gross ein, sondern vor allem für die Entwicklung sozialpsychiatrischer Konzepte, die gerade vor dem Hintergrund des NS-Unrechts an Psychiatrie-Patienten ausgearbeitet wurden. Während im Fall Schneiders die NS-Hypothek für einen Verschleierungseffekt gegenüber der NS-Vergangenheit sorgte, wirkte sie unter der Leitung von von Baeyer als ein bedeutender Reformimpuls, der ausschlaggebende Lernprozesse ermöglichte. So waren die Akteure letztlich zwischen dem ethischen Kern der Forderung nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit einerseits und den funktionalen Strategien, die diese Auseinandersetzung bzw. Nicht-Auseinandersetzung anbot, andererseits hin und her gerissen, wie der Moderator Franz-Werner Kersting, der mit seinen Kommentaren in glänzender Weise zur Zusammenführung der dargestellten Erkenntnisse unter theoretischen Gesichtspunkten beitrug, betonte.

Nicht nur Angehörige von Institutionen, sondern auch Institutionen selber verstanden es, im Umgang mit der NS-Vergangenheit strategisch vorzugehen. Michael Schäring, Mitarbeiter im Rahmen des Forschungsprogramms „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, machte deutlich, wie sich die außeruniversitäre Max-Planck-Gesellschaft in der Frage der Entschädigung vertriebener Wissenschaftler erfolgreich aus den Handlungszusammenhängen

während der NS-Zeit herausinterpretierte. Obwohl die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 in Anwendung des NS-Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums nicht-arische Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Institute entlassen und damit wie eine öffentlich-rechtliche Institution gehandelt hatte, hob sie in den 1950er-Jahren ihren privaten Charakter hervor und berief sich auf das Selbstverständnis von Staatsferne und institutioneller Unabhängigkeit, um die Ansprüche vertriebener Wissenschaftler zurückzuweisen und so die Konfrontation mit den historischen Folgerungen, die man aus einer vorbehaltlosen Anerkennung der Ansprüche hätte ziehen müssen, zu vermeiden.

Lernprozesse?

Mit seinem Überblick über die Aufarbeitung der NS-Euthanasie von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die Gegenwart hob der ehemalige Ordinarius für Neuropathologie in Tübingen, Jürgen Peiffer, den Prozesscharakter der Umgangsweise mit der NS-Vergangenheit hervor. Ausgehend von der Unterscheidung von insgesamt fünf Phasen in der Auseinandersetzung mit den Krankengeschichten schilderte Peiffer den späten Motivationswandel von „Empörungsbewegten“ Studien zur zeitgeschichtlichen Aufklärungs- und Dokumentationsarbeit. Diskutiert wurde vor allem die Bedeutung von Generationskonflikten für Lernprozesse und die besondere Schwierigkeit der Öffentlichkeitsarbeit bei einem Thema, das für viele Jahrzehnte ein Tabu bleiben sollte. Auch wenn sich bereits in den 1950er-Jahren eine Gruppe von engagierten Psychiatern für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einsetzte, konnten ihre Ansätze nicht zum Tragen kommen, da sie mit der jüngeren Generation der Achtundsechziger weitgehend in Konflikt gerieten.

Brigitte Leyendecker, die bereits in den 1980er-Jahren die Hintergründe der Hepatitisexperimente im Zweiten Weltkrieg untersucht hatte, konnte nun in ihrem Beitrag auf die Kenntnis des Nachlasses eines damals hauptsächlich beteiligten Forschers (Arnold Dohmen) und auf Interviews mit dessen Kindern zurückgreifen. Hieraus und auch aus Gesprächen bzw. Korrespondenzen mit Opfern der Experimente versuchte sie ein Persönlichkeitsbild dieses Wissenschaftlers zu entwickeln, der im Unterschied zu anderen beteiligten Forschern seine Universitätskarriere nicht fortsetzen konnte. Auch das Selbstbild der anderen Täter mit anscheinend ungebrochenen Karriereverläufen sowie die Interaktion zwischen den Forschern suchte sie ansatzweise zu rekon-

struieren, um zu verstehen, wieso es in der Nachkriegszeit zu keinen Auseinandersetzungen gekommen ist.

Insgesamt lieferten die Tagungsbeiträge ein in sich schlüssiges Bild zum Umgang der universitären Medizin mit der NS-Vergangenheit. Vor allem stellten sie die große Persistenz der Institution und der Selbstbilder der Hochschulmediziner in überzeugender Weise dar. Eine Vielzahl von Parallelen konnte zwischen Einzelerkenntnissen gezogen werden, die aufschlussreiche Einblicke in die Denkkollektive der Hochschulmedizi-

ner eröffneten. Bei den führenden Hochschulmedizern fehlten mentale Voraussetzungen um Neues zu denken. Besonders schwierig erscheint es vor diesem Hintergrund die Neuerungen jenseits der strukturellen Kontinuität zu erfassen. Dies könnte anhand einer Fokussierung auf den strukturellen Wandel der Hochschullandschaft in den 1960er-Jahren, die noch weitgehend außer Acht gelassen wurde, verfolgt werden. Eine Publikation der Tagungsbeiträge ist in der von dem Berliner Wissenschaftshistoriker Rüdiger vom Bruch herausgegebenen Reihe *âPallas Atheneâ* vorgesehen.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Anne Cottebrune. Review of , *Die Universitäre Medizin nach 1945: Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit der Vergangenheit*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. November, 2005.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=28034>

Copyright © 2005 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.